

Offener Brief

SPD -Fraktion Berlin
CDU -Fraktion Berlin
Fraktion Bündnis 90 / die Grünen Berlin
Fraktion Die Linke Berlin
Fraktion Die Piraten Berlin



Berlin, den 18. Februar 2015

BER weiterhin ohne unabhängige Kontrolle Initiative für Kontrolle und Transparenz BER

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ende Januar 2015 bestätigte das Oberverwaltungsgericht Berlin ein Urteil des Verwaltungsgerichtes bei inhaltlicher Auseinandersetzung mit den Bestimmungen des Informationsfreiheitsgesetzes, dass Protokolle und Unterlagen von Aufsichtsratssitzungen der Flughafengesellschaft FBB vertraulich und damit der Öffentlichkeit weiterhin nicht zugänglich sind¹.

Ende 2014 wies der Leiter des Bundesrechnungshofs bei der Vorstellung seines Jahresberichtes 2014 auf mangelnde parlamentarische Kontrolle bei Verkehrsinfrastrukturprojekten hin. Er bezog dies explizit zunächst auf Schiene und Straße.

Nicht nur diese zwei aktuellen Nachrichten führen erneut zu der dringlichen Frage an Aufsichtsgremien, Bürger und Parlament, ob es eine unabhängige bzw. öffentliche Kontrolle staatlichen Handelns bei der Flughafengesellschaft (FBB) und des Großprojekts BER gibt, wer diese ausübt, oder ausüben sollte bzw. könnte und welche Voraussetzungen es dafür geben muss. Denn Intransparenz und fehlende wirksame unabhängige öffentliche Kontrolle stellen im Zweifel auch für die Zukunft ein erhebliches Risiko für Projektfortschritt und Kostenentwicklung am BER dar.

1. Die Ausgangslage

1.1. Anforderungen der Rechnungshöfe (Bund, Land Brandenburg und EU)

Im Mai 2014² wurde ein **Bericht des Bundesrechnungshofes** vom 20.03.2014³ bekannt. Er nimmt den Aufsichtsrat der FBB in die Pflicht: Der Aufsichtsrat müsse angesichts der andauernden organisatorischen Veränderungen der Projektstruktur „Sprint“ darauf achten, dass Planung, Ausführung und Überwachung konsequent getrennt sind, um Interessenkollisionen zu vermeiden. Der Bericht empfiehlt dem Aufsichtsrat der FBB ferner, sich intern zu verständigen, wie ein angemessenes Informationsverhalten der FBB-Geschäftsführung zu erreichen ist und wie an die Geschäftsführung erteilte Aufträge systematisch erfasst und nachverfolgt werden können. **Der Bundesrechnungshof hält ein externes**

¹ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/flughafen-berlin-schoenefeld-ber-protokolle-des-aufsichtsrates-bleiben-geheim/11296198.html>

² <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-dienstleister/ber-desaster-rechnungshof-fordert-strengere-kontrolle/9873356.html>

³ https://ber.piratenfraktion-berlin.de/media/documents/140506_ber_brh_beratungsschreiben_geschwaerzt.pdf

Controlling für den Aufsichtsrat für geboten: „Das vom Bundesverkehrsministerium (BMVI) gegen ein Aufsichtsratscontrolling angeführte Argument, „die Vertrauensbasis zwischen Geschäftsführung und Aufsichtsrat nicht zu beschädigen“, *überzeuge nicht mehr*“.

Auch der **Brandenburger Landesrechnungshof** hat sich in einer Tiefenprüfung der Jahre 2011 bis 2013 mit dem BER befasst und dabei nach Presseberichten „**eklatantes Kontroll- und Steuerungsversagen von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung**“ festgestellt⁴. Er empfiehlt einen Rückzug der Politiker aus dem Aufsichtsrat. Der Bericht wird im Frühjahr 2015 erwartet.

Ein weiterer Bericht des **Rechnungshofes der Europäischen Union** notiert nach Presseberichten gar „**systematische Rechtsverstöße**, vielfältige Fehler, **Schwäche des Managements und des Kontrollsystems**“ im Projekt BER⁵. Im Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofes werden die Verstöße gegen das Vergaberecht am BER als „schwerwiegend“ bezeichnet⁶. Diese Defizite wären grundsätzlich geeignet, Rückzahlungsansprüche von EU-Fördermitteln und letztlich gar die Kündigung von Fremdfinanzierungen zu begründen, denn die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen, auch des Vergaberechts, sind vertraglich regelmäßiger Bestandteil von Förder- und Bankenfinanzierungen. Die Genehmigung aus Brüssel für die Bereitstellung zusätzlicher Mittel i.H.v. 2,2 Mrd. Euro⁷ steht noch aus. Es bleibt abzuwarten, ob Deutschland eine Ablehnung wie auch eine höchst blamable Rückzahlung von Fördermitteln verhindern kann⁸.

Fazit: Die Forderungen und Empfehlungen der Rechnungshöfe müssen durchgesetzt werden. Mangelnde Kontrolle bedeuten weiterhin unvermindert hohe Risiken.

1.2. *Engagement von Mitarbeitern der Berliner Flughäfen (FBB)*

Am 27.03.2014 wandte sich der Unterzeichner mit einem Schreiben⁹ direkt an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Klaus Wowereit, nachdem zuvor alle mündlichen und schriftlichen Versuche interner Klärung mit der Geschäftsführung der FBB fruchtlos waren. Denn: *dem Aufsichtsrat obliegt als Gremium die Aufsicht über das Unternehmen.*

In diesem Brief wurde u.a. auf unzureichende Kontrollinstanzen, die zudem weiter abgebaut werden sollen und ungeeignete Organisationsstrukturen mit unklaren Schnittstellen hingewiesen. In der Folge sei eine Inbetriebnahme 2015 äußerst unwahrscheinlich und 2016 akut gefährdet. Die unklaren Verantwortlichkeiten führten u.a. dazu, dass der technische Projektleiter (Herr Großmann) in Mehrfachfunktion zugleich Auftraggeber und Auftragnehmer war. Um die Situation zu verbessern enthielt der Brief zahlreiche Verbesserungsvorschläge. In einem ergänzenden Schreiben vom 24.04.2014¹⁰ hatte ich die Lösungsansätze nochmals konkretisiert. Dieses Schreiben ging auch allen Aufsichtsratsmitgliedern zu. Der Inhalt der Briefe deckt sich vielfach mit o.g. Bericht des Bundesrechnungshofes vom März 2014, der erst im Mai 2014 bekannt wurde.

⁴ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/neuer-flughafen-berlin-schoenefeld-mueller-erwaegt-rueckzug-aus-ber-aufsichtsrat/11312262.html>

⁵ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-127626342.html>

⁶ <http://www.wiwo.de/politik/ausland/europaeischer-rechnungshof-schlamperei-abzocke-und-betrug/10938340.html>

⁷ <http://www.berliner-zeitung.de/hauptstadtflughafen/hauptstadtflughafen-wie-der-ber-doch-noch-zur-erfolgsstory-werden-soll,11546166,29513446.html>

⁸ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/europaeischer-rechnungshof-ruegt-verstoss-gegen-vergaberichtlinien-a-975312.html>

⁹ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/ber/brandbrief-an-den-ber-aufsichtsrat-ein-protokoll-des-scheiterns/9722508.html>, bzw.: <http://www.tagesspiegel.de/downloads/9722482/8/BERBrief1>

¹⁰ <http://www.spiegel.de/media/media-33698.pdf>

Von Seiten des Aufsichtsrates und seines Vorsitzenden Wowereit erfolgte keinerlei Reaktion, weder mündlich noch schriftlich.

Die Geschäftsleitung der Berliner Flughäfen antwortete auf die Briefe mit Suspendierung und Kündigungen. *Im Dezember 2014 wurden alle Kündigungen durch das Arbeitsgericht Berlin jedoch für unwirksam erklärt.* Die in den Schreiben dargestellten Risiken sind inzwischen Realität geworden: Nun wird (mit anderer Geschäftsführung) eine Inbetriebnahme 2017 *in Aussicht gestellt*, die unglückselige Doppelfunktion von Herrn Großmann mündete am 27.10.2014 in einer rechtskräftigen Verurteilung wegen Bestechlichkeit und Betrug¹¹, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Am 13.06.2014 richteten Mitarbeiter(innen) der FBB ein anonymisiertes Schreiben¹² an Herrn Mehdorn, das mangelnden Projektfortschritt konstatierte und ihm den Rücktritt nahelegte¹³.

Am 25.09.2014 verfasste Herr Marks, neuer Leiter des Geschäftsfeldes Technik & Bau ein weiteres Schreiben („Brandbrief“)¹⁴, in welchem er u.a. auf undurchsichtige Entscheidungsprozesse sowie häufig wechselnde Zuständigkeiten verweist und „als verheerendes Abschlusszeugnis für den Chef“ gelesen werden konnte¹⁵.

Am 12.10.2014 erklärte die Senatskanzlei auf eine Anfrage der Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus, dass man sich im Berliner Senat mit den Berichten der Rechnungshöfe und mit den o.g. Schreiben vom 27.03.2014 und 24.04.14 des Unterzeichners an den Aufsichtsratsvorsitzenden nicht befasst habe¹⁶.

Fazit: Verantwortungsbewusste Mitarbeiter der FBB setzen sich für Projektfortschritt, funktionierende Organisationsstrukturen und Kontrolle ein, scheitern bisher aber an Management und den Aufsichtsgremien.

1.3. *Transparenz für Finanzierung und Haushaltskontrolle*

Die Banken unter Federführung der KfW zögern dem Vernehmen nach, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen und drohten bereits mit Zahlungsstopp¹⁷. Frau Fölster, kaufmännische Geschäftsführerin der FBB, meinte dazu, dass die KfW vor einigen Monaten „zusätzliche Anforderungen“ gestellt habe. Nach Pressemitteilungen konzentrierten sich diese Anforderungen auf die Herstellung von Transparenz in Finanzplanung, Berichtswesen und beim Nachweis der Verwendung von Mitteln. Die FBB gehe aber davon aus, dass die KfW Ende 2014 dennoch auszahle. Anderenfalls müssten die Anteilseigner Mittel bereitstellen, um das Überleben der Flughafengesellschaft zu sichern. Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Flughafen bedarf im Übrigen auch noch der Prüfung und Freigabe aus Brüssel (s.o.).

Die Anteilseigner haben hinsichtlich der Qualität der kaufmännischen Daten und Berichte offenbar ähnliche Probleme wie die Banken. Nach Pressemitteilungen blieben vielfache dezidierte Aufforderungen an die kaufmännische Geschäftsführerin der FBB, nachvollziehbare belastbare Unterlagen zu liefern, im Wesentlichen erfolglos. Um den Druck zu erhöhen, soll die Berliner Finanzverwaltung die Auszahlung einer Tranche bis zum letzten

¹¹ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-127307884.html>

¹² <http://www.bz-berlin.de/berlin/mitarbeiter-werfen-mehdorn-ahnungslosigkeit-vor>

¹³ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-127626342.html>

¹⁴ <http://www.tagesspiegel.de/downloads/10764154/1/brandbriefmarks>

¹⁵ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/hartmut-mehdorn-und-sein-ruecktritt-als-ber-chef-ehre-ist-ihm-wichtiger-als-ehrgeiz/11124586.html>

¹⁶ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/dauerproblem-ber-wowereit-antwortete-nur-spaerlich-auf-fragen-eines-gruenen/10826190.html>

¹⁷ <http://www.bz-berlin.de/berlin/banken-drohen-dem-ber-mit-zahlungsstopp>

Tag verzögert haben, während die anderen Anteilseigner (Land Brandenburg, Bund) ihre Zahlungsbeiträge zeitnah zur Verfügung stellten¹⁸.

Ende letzten Jahres versuchten die Berliner Haushälter erneut, durch Androhung von Zahlungseinstellungen Einfluss auf die Kooperations- und Auskunftsbereitschaft der Flughafengesellschaft zu nehmen. Der SPD-Fraktionsgeschäftsführer meinte dazu, dass es manchen Unternehmen gut getan habe, in Insolvenz zu gehen¹⁹. Zuvor hatte der Haushaltsausschuss des Bundestages „rebelliert“²⁰.

Fazit: Die Forderungen der Haushälter und Finanzierer im Hinblick auf Klarheit und Transparenz müssen im Interesse der Steuerzahler umgesetzt werden.

1.4. Durchsetzungsversuche eines unabhängigen Controlling

Der Bundesrechnungshof hat sich für die Einrichtung eines **externen Aufsichtsratscontrollings** ausgesprochen, um sich ein eigenes Bild vom Projektstand machen zu können (s.o.). In meinen Schreiben vom 27.03. / 24.04.2014 hatte ich in gleicher Weise u.a. die Einrichtung eines „**Bauausschusses**“ sowie eine Überprüfung des Bauprojektmanagements empfohlen.

Am 02.06.2014 forderte auch Bundesverkehrsminister Dobrindt nochmals, ein externes Controlling zu Baufortschritt, Kosten und Terminen einzurichten. Die Experten sollten direkt und ausschließlich an die Eigentümer berichten²¹. Am 27.06.2014 wurde mitgeteilt, dass sich die BER-Eigentümer nunmehr grundsätzlich darauf verständigt hätten, einen „Aufpasser“²² zu engagieren. Dies kommentierte die FBB als „Inquisition“²³ und *verweigerte die Herausgabe von Akten* mit Hinweis auf Geschäftsgeheimnisse²⁴. Bundesminister Dobrindt hat am 05.12.2014 seine Absicht trotzdem nochmals bekräftigt²⁵.

Die Rolle (genaue Aufgaben und Befugnisse) eines „Aufpassers“ ist nicht bekannt, offenbar geht es jetzt aber nur noch um **Erstellung eines einzelnen Gutachtens**. Zu den „Besonderheiten“ des Projektes BER gehört, dass die Beauftragung und Finanzierung dieses „unabhängigen“ Gutachters augenscheinlich über die FBB erfolgen soll. Die FBB hat damit schon strukturell Einfluss auf die Ausgestaltung des Leistungsbildes, Auswahl eines geeigneten (fachkundigen und bauerfahrenen) Gutachters, Abstimmung der Arbeitsergebnisse und das entsprechende „wording“²⁶. Die FBB kann ferner bestimmen, ob und welche Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Die Modalitäten der geplanten Vergabe sind in jedem Falle geeignet, das eigentliche Ziel eines unabhängigen Controllings *substanziell in Frage zu stellen*. Nach Presseberichten vom 11.12.2014 soll auf diese Weise die Berliner BTO Management Consulting AG beauftragt worden sein und am 30.01.2015 das Ergebnis vorliegen²⁷.

¹⁸ <http://www.bz-berlin.de/berlin/umland/finanzsenator-liess-ber-fast-pleite-gehen>

¹⁹ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/flughafen-berlin-brandenburg-abgeordnete-drohen-ber-mit-zahlungsstopp/11103352.html>

²⁰ <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/koalition-gibt-gesperrte-ber-mittel-frei-empoeerung-ueber-blankoscheck-fuer-mehdorn/10150738.html>

²¹ Berliner Zeitung vom 02.06.14

²² <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-dienstleister/externe-pruefer-ber-eigentuemmer-schicken-mehdorn-neue-aufpasser/10118324.html>

²³ <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ber-eroeffnung-depressionen-in-berlin-1.2255789>

²⁴ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/hartmut-mehdorn-verlaesst-den-ber-ein-abschied-mit-ansage/11124518.html>

²⁵ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/aufklaerung-des-ber-desasters-befragung-von-rainer-schwarz-im-untersuchungsausschuss>

²⁶ Für solche „Abstimmungsprozesse“ bietet das Verteidigungsministerium gerade ein anschauliches Beispiel: <http://www.sueddeutsche.de/politik/bericht-zur-treffsicherheit-des-g-die-korrekturen-des-ministeriums-1.2243275>

²⁷ <http://www.bz-berlin.de/berlin/erste-berwaehrungsprobe-fuer-michael-mueller-schmeisst-mehdorn-hin>

Das *unabhängige Controlling* schrumpft so auf die Erstellung eines einzelnen Gutachtens im Auftrag der FBB mit neuerlicher Prüfung vorhandener bzw. ausgewählter Unterlagen zusammen und wird damit tendenziell zur Farce. Die vielfach empfohlene bzw. angemahnte Einrichtung eines unabhängigen Projektcontrollings *als dauerhafte Einrichtung* zur Unterstützung des Aufsichtsrates scheint weiterhin am Widerstand der FBB zu scheitern. Auch von den weiteren Empfehlungen wurde kaum etwas umgesetzt. Transparenz und notwendige strukturelle Reformen bleiben nach wie vor aus.

Fazit: Ein über die Beauftragung von Gutachten hinausgehendes wirksames und unabhängiges Controlling ist im Einklang mit den Hinweisen der Rechnungshöfe zwingend erforderlich und senkt die Projektrisiken für Bürger und Steuerzahler.

1.5. *Taskforces und eine Reformkommission Großprojekte*

Der unfassbare Vorgang, dass ein externer Mitarbeiter (Großmann) in einem öffentlichen Vergabeverfahren zuerst Kenntnis der Angebotssummen erhielt, diese Kenntnis sodann zum eigenen Vorteil beeinflussen und zudem eigene Aufwendungen überhöht in Rechnung zu stellen vermochte, lässt im Kontext vorbeschriebener Organisationsdefizite auf relevante Lücken schließen. Dieser Fall war nach Presseberichten für die Flughafengesellschaft (FBB) Anlass, eine Taskforce ins Leben zu rufen. Diese „Taskforce Großmann“ besetzte die FBB aus drei Vertretern der FBB selbst (Leiter Recht, Leiter Revision, Leiterin Compliance), sowie Transparency International und der Anwaltskanzlei CMS²⁸.

Die Taskforce „Großmann“ sollte dem Vernehmen nach in ihre Untersuchung auch weitere Vergaben an Planungs- und Beratungsfirmen im Rahmen des Projektes „Sprint“ einbeziehen. Diese Vergaben im „Sprint“-Projekt waren Gegenstand zahlreicher kritischer Presseberichte.

Die Ergebnisse der Taskforce wurden dem Aufsichtsrat im September 2014 vorgestellt, Inhalt und Konsequenzen blieben vertraulich.

Die benannte Taskforce ist indes nicht die erste, sondern die Dritte, die für den BER initiiert wurde: Der Bund und das Land Brandenburg kündigten unabhängig voneinander 2012 und 2013 an, jeweils eigene Taskforces BER aufstellen zu wollen. Um das Brandenburger Unterfangen wurde es alsbald wieder still. Die Taskforce des Bundes (BMVI) firmiert nun als „Reformkommission Großprojekte“ und beschäftigt sich im Sinne allgemeiner Empfehlungen auch mit dem BER. Das BMVI erwartet insbesondere durch Anwendung des BIM (Building Information Modeling) mit hochintegrierter IT-gestützter Planung eine wesentliche Verbesserung des Projektmanagements bei Großprojekten.

Fazit: Aufgabenstellung, Abstimmung und (Zwischen-) Ergebnisse der „Taskforce Grossmann“ müssen an die Öffentlichkeit.

1.6. *Parlamentarische Kontrolle / Untersuchungsausschüsse*

Am 02.12.2014 wies der Leiter des Bundesrechnungshofs bei der Vorstellung seines Jahresberichtes 2014 auf mangelnde parlamentarische Kontrolle bei Verkehrsinfrastrukturprojekten hin. Er bezog dies explizit zunächst auf Schiene und Straße. Aber auch der BER ist ein sehr beredtes Beispiel für fehlende Kontrolle und Transparenz.

²⁸ <http://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/baustelle-hauptstadtflughafen-berlin-gremien-sollen-ber-korruption-pruefen,10808230,27315202.html>

Untersuchungsausschüsse gelten als „schärfstes Schwert“ der parlamentarischen Opposition. Der **Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses** scheitert jedoch regelmäßig an den dürftigen Auskünften, die er vom Senat erhält. Diese Situation veranlasste vor einigen Monaten bereits Martin Delius, Vorsitzender des BER-Untersuchungsausschusses, **Klage vor dem Berliner Verfassungsgerichtshof** zu erheben²⁹. Im Berliner Untersuchungsausschuss eskalierte bei der letzten Vernehmung von Rainer Schwarz, ehemals Geschäftsführer der FBB, die Situation. Sein Auftritt wurde von Teilnehmern als Verhöhnung des Gremiums wahrgenommen.

Der **Brandenburger Sonderausschuss BER** ist kein parlamentarischer Untersuchungsausschuss und daher nicht mit entsprechenden gesetzlichen Kompetenzen ausgestattet. So steht es letztlich im Ermessen der Eingeladenen, ob sie erscheinen und welche Auskünfte sie bereit sind, zu geben.³⁰

Fazit: Die vom Bundesrechnungshof angemahnte parlamentarische Kontrolle muss im Interesse demokratischer Spielregeln durchgesetzt und sichergestellt und werden.

1.7. Öffentliche Kontrolle / Presse („vierte Gewalt“)

Der Tagesspiegel hatte Oktober 2012 versucht, auf Grundlage des Berliner Landespressgesetzes und des Informationsfreiheitsgesetzes Einsicht in BER-Unterlagen zu erlangen. Er scheiterte mit Verweis auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse³¹. Einsicht in die BER-Akten? Nein³²! Dem Vernehmen nach wiederfuhr dem Spiegel Ähnliches bei dem Versuch, die Bilanzen der FBB zu durchleuchten. Anfang 2015 bestätigte das Oberverwaltungsgericht, dass Protokolle und Unterlagen des Aufsichtsrates grundsätzlich vertraulich sind und nach dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes kein Anspruch auf Akteneinsicht besteht.³³

Fazit: Obwohl aus Steuermitteln finanziert, ist der BER auch der Kontrolle der Öffentlichkeit und der Bürger entzogen³⁴. Dies kann nicht hingenommen werden.

2. Zusammenfassend: Handlungsbedarf

Es wird offenbar, dass es eine unabhängige bzw. öffentliche Kontrolle der Flughafen-gesellschaft (FBB) und des Großprojektes BER kaum gibt. Die Berichte der Rechnungshöfe wie auch sämtliche sonstigen Hinweise und Empfehlungen blieben bisher folgenlos. Die Arbeit des Berliner Untersuchungsausschusses und auch des Sonderausschusses BER des Brandenburger Landtages drohen ins Leere zu gehen. Presseberichte verpuffen wirkungslos. Keinem der Beteiligten drohen wirkliche Konsequenzen. Verantwortliche sind nicht fassbar. Der Berliner Tagesspiegel äußerte im Oktober 2014 daher, dass man „vielleicht langsam den Staatsanwalt einschalten sollte“³⁵.

²⁹ <http://www.morgenpost.de/flughafen-berlin-brandenburg/article128086914/Pirat-Delius-verklagt-Wowereit-vor-Verfassungsgericht.html>

³⁰ <http://www.morgenpost.de/flughafen-berlin-brandenburg/article127999374/Flughafengesellschaft-brueskiert-Brandenburger-Landtag.html>

³¹ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/akteneinsicht-ber-eine-schwere-pruefung/7309404.html>

³² <http://wrapper.zeit.de/politik/2013-02/flughafen-akten>

³³ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/flughafen-berlin-schoenefeld-ber-protokolle-des-aufsichtsrates-bleiben-geheim/11296198.html>

³⁴ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-veroeffentlichung-durch-piraten-wowereit-verteidigt-geheimhaltung-von-ber-dokument/6982890.html>

³⁵ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/flughafenprobleme-ohne-ende-kein-durchblick-beim-ber-nirgends/10839046.html>

Der BER steht mittlerweile für eine unübersehbare internationale Blamage des Industriestandorts Deutschland und seinem Ingenieurs- und Management-knowhow mit den entsprechenden Auswirkungen auf das Ansehen der Bundesrepublik allgemein und die Marktchancen deutscher Ingenieurs- und Baufirmen im Besonderen³⁶. Allenfalls heimischen Beraterzünfte finden beim BER ein gutes Auskommen und sind vielleicht zufrieden.

Der Bund als Minderheitsgesellschafter (Anteil 26%) konnte sich mit seiner Absicht, zumindest ein unabhängiges Controlling für den Aufsichtsrat zu etablieren bisher nicht durchsetzen und scheitert offenbar am Widerstand der beiden Mehrheitsgesellschafter Berlin und Brandenburg (Anteil je 37%). Ein solches unabhängiges Controlling (auch Bauausschuss, Expertenrat / -gremium genannt) wäre auch ein unerlässliches Hilfsmittel, eine Reform der internen Verhältnisse in der Flughafengesellschaft voran zu bringen und Herrn Kleinert und Herrn Marks intern bei ihrer Arbeit zu unterstützen. **Ein qualifiziertes Controlling ist fachlich auch ein Bindeglied zwischen Flughafengesellschaft und Aufsichtsgremien.**

Die Gesetze zur Informationsfreiheit halten nicht was sie versprechen: **Zu viele relevante Informationen werden verweigert, indem Sie als Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis deklariert und Beteiligte zur Verschwiegenheit verpflichtet werden.** Eine Kontrolle staatlichen Handelns ist so offenbar nicht möglich. Gesetze sind jedoch zum Wohl der Allgemeinheit bestimmt. Sie können geändert werden.

Das Projekt Elbphilharmonie war in Hamburg Mitte 2012 Anlass, mit Zustimmung aller Parteien des Abgeordnetenhauses das Hamburgische Transparenzgesetz (HmbTG)³⁷ zu verabschieden. Auf dieser Grundlage wurden alle Verträge zur Elbphilharmonie öffentlich gemacht (**Versuchen Sie es selbst: <http://transparenz.hamburg.de/>, Eingabe Elbphilharmonie**).

Auf diese Weise wurde der Weg geebnet, das Projekt auf den richtigen Weg zu bringen. **Das Hamburgische Transparenzgesetz ist ein mustergültiges Beispiel für die öffentliche Kontrolle staatlichen Handelns und Ergebnis von starkem bürgerschaftlichen Engagement der Hamburger Bürgerinnen und Bürger³⁸.**

Ein Transparenzgesetz ist kein Allheilmittel. Es ist im Detail des Vergabeverfahrens sogar mit operativen Erschwernissen verbunden. Man muss für Reformen auch nicht abwarten, bis es in Berlin ein Transparenzgesetz gibt, das auch den Gegebenheiten am Flughafen gerecht wird. Es wäre jedoch auch hier eine stabile Grundlage für Transparenz, nicht nur am BER. Auf diese Weise wären beispielsweise die vielfach erwähnten vertraglichen Vereinbarungen mit Siemens zur Brandschutzanlage (Vorleistungen, Termine, Kosten) der Öffentlichkeit unmittelbar zugänglich und Klarheit geschaffen, Mutmaßungen damit entbehrlich.

Es hätte – um ein Beispiel jenseits des BER anzuführen – auch keines Volksentscheides über die Offenlegung der Teilprivatisierung bei den Berliner Wasserbetrieben bedurft.

Darüber hinaus wäre ein solches Gesetz ein starkes Zeichen für eine positive Weiterentwicklung der politischen Kultur in der Hauptstadt. Die vom BER verschlungenen Mittel fehlen jeden Tag z.B. in der Integrations- und Schulpolitik, der personellen Ausstattung der Landesbehörden wie natürlich auch bei der infrastrukturellen Weiterentwicklung der Länder. Will man weiterhin wie bisher auf das Prinzip „Hoffnung“ und auf „gute Gefühle“ setzen, dass es diesmal, also 2017³⁹, vielleicht doch klappt mit der Eröffnung? Weiterhin

³⁶ <http://dtj-online.de/istanbul-bosporus-megaprojekte-flughafen-bruecke-kanal-29329>

³⁷ <http://okfn.de/2014/09/hamburger-transparenzportal-ich-finde-es-unglaublich-wieviel-eine-kleine-gruppe-von-engagierten-menschen-in-so-kurzer-zeit-positiv-veraendern-kann/>

³⁸ <http://www.zeit.de/2014/28/transparenzgesetz-hamburg>

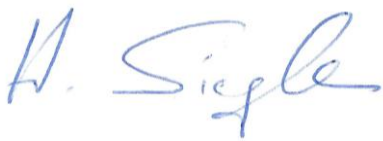
³⁹ <http://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/spd-experte--eroeffnung-von-flughafen-ber-wohl-erst-2018,10808230,29455160.html>

Hoffnung und Vertrauen statt wirksamer Kontrolle, obgleich der bisherige Werdegang des Projektes eigentlich fast jede Intervention rechtfertigen würde?

Ich bin der Überzeugung, dass im internationalen Wettbewerb wirtschaftlicher Wohlstand bei uns nur dann gesichert, ausgebaut (und gerechter verteilt) werden kann, wenn auch hier gehandelt und notwendige Reformen tatsächlich durchgesetzt werden. Der Handlungs- und Reformbedarf am BER ist ein beredtes Beispiel und mit Händen zu greifen.

Ich bitte Sie, sich mit mir dafür konsequent einzusetzen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit in dieser wichtigen Angelegenheit. Für ein vertiefendes persönliches Gespräch stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Siegle

Dipl. Ing Hochbau Architekt